

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-DS.) und Umgegend.

Erscheint

wöchentlich einmal: Sonnabend.
Bezugspreis: Monatlich frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 50 Gr.

Druck und Verlag:

P. Hunold's Stadtblattdruckerei, Sohrau DS.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Wojteigen-Preis:

Die einseitige Wollmetersche 10 Gr.
Inseraten-Annahme bis spätestens Freitag
12 Uhr vormittags.

Nr. 12

Sonntags. Nr. 49

Sonnabend, den 20. März 1926

Gegründet 1879

48. Jahrgang.

Hundschau.

Polen.

Ein Gnadenakt des Staatspräsidenten.

Warschau, 18. März. Der Präsident der Republik Wojtschowski hat während seines Aufenthaltes in Wilna bei der Verurteilung des Erzbischofs Cieplok den acht Litauern die Freiheit wieder gegeben, die bei der Säuberung des von den Litauern besetzten Waldvielfens gefangen genommen worden waren. Die litauischen Gefangenen wurden über die Grenze gebracht und dort den litauischen Behörden übergeben.

Polen für die Haager Entscheidung.

Haag, 15. März. Der Vertreter Polens beim Haager Schiedsgerichtshof hat erklärt, daß Polen die Entscheidung des Gerichtshofes über die Auslegung der Bestimmungen des Dawes-Planes über die polnisch-deutsche Auseinandersetzung in Oberschlesien ohne Einschränkungen oder Vorbehalte anerkennen werde.

Verchiebung der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 18. März. Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die am 22. März beginnen sollten, sind wieder verschoben worden und zwar bis Mitte April.

Deutschland.

Die Einzeichnung für das Volksbegehren in der Sache der Fürstenabfindung ist Mitwoch zum Abschluß gelangt. In den Großstädten wurde vielfach eine Beteiligung von über 50 Prozent erzielt. In Berlin sind 157717 Unterschriften abgegeben worden, in Groß Hamburg rechnet man mit 500000, in Leipzig mit nahezu 240000, also 55 Prozent aller Wahlberechtigten. Schätzungsweise dürften im ganzen acht Millionen Stimmen dafür abgegeben worden sein.

Anträge des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland.

Berlin, 15. März. Der Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland hat an die Reichsregierung Anträge gerichtet, in denen gefordert wird, daß Artikel 6 der Reichsverfassung einen Zusatz erhält, wonach das Reich die ausschließliche Gesetzgebung über die Angelegenheiten der nationalen Minderheiten in Deutschland hat. Weiter wird gefordert, daß das Minderheitswesen in Deutschland durch Reichsgesetz für das gesamte Reichsgebiet einheitlich geregelt wird, wobei u. a. folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen: Den Minderheitsangehörigen ist in sprachlicher und religiöser Beziehung sowie in der Pflege ihres Volkstums Förderung und uneingeschränkte Freiheit beizubehalten zu gewährleisten. Das minderheitliche Vereinswesen darf durch keine gesetzliche oder administrative Ausnahmsbestimmung eingeengt werden. Das Minderheitschulwesen muß für das ganze Reich nach einheitlichen Grundrissen umfassend geregelt werden. Weiter wird ein Reichsminderheitsamt gefordert, gegen dessen Entscheidung ein Beschwerdeweg gegeben sein muß. Bei der gesetzlichen Regelung wünschen die Vertreter der nationalen Minderheiten, gutachtlich gehört zu werden.

Die Völkerverbundstagung.

Genf, 15. März. Die gestrigen Genfer Besprechungen haben wiederum keine Lösung der Krise gebracht. Die für Nachmittags geplante Besprechung der Ratsmitglieder ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Am Vormittag fand eine interne Besprechung der deutschen Delegation statt. Chamberlain konstatierte

mit Bancourt und Benesch, dabei wurden die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten erörtert. Der erste Vorschlag sieht vor, die Angelegenheit einer Kommission zu überweisen. Die dieser Kommission mitgegebenen Richtlinien sollten sie in seiner Weise in der Arbeit beschränken. Der zweite Vorschlag sieht den Bericht eines nichtständigen Ratsmitgliedes auf seinen Sitz und die Wohl Polens für diesen Sitz durch die Vollversammlung vor. Nach einer anderen Person sollten sämtliche nichtständigen Mitglieder auf ihre Sitze verzichten, wobei die Vollversammlung die Auswahl vorzunehmen soll. Chamberlain empfing gestern Abend die englischen Pressevertreter und erklärte, daß bis jetzt noch kein Rücktrittsgesuch eines nichtständigen Ratsmitgliedes vorliegt. In Kreisen der deutschen Delegation wird die Lage nach wie vor sehr ernst beurteilt. Im Vordergrund der Diskussion scheint am Abend der Plan gestanden zu haben, die Zuwahl Polens anstelle eines nichtständigen Mitgliedes vorzunehmen. Außerdem wurde noch ein Vorschlag behandelt, der sich mit einer Verchiebung des deutschen Aufnahmefestes bis September beschäftigt. Der schwedische Außenminister Lindbom demonstrierte das Gerücht, wonach Schweden auf seinen Sitz zugunsten Polens verzichten wolle.

Genf, 13. März. Wie aus dem offiziellen „Journal“ des Völkerbundes zu ersehen ist, halten sich in Genf insgesamt 250 Journalisten auf und zwar 58 Deutsche, 4 Österreichische, 30 Schweizer, 23 Franzosen, 20 Engländer, 17 Polen, 10 Italiener, 8 Spanier, ebenso viele Schweden, 4 Portugiesen, 4 Belgier, 3 Schweden, 2 Russen, 2 Rumänen, 1 griechischer und 1 türkischer. Von Übersee kamen 18 Nordamerikaner, 4 Südamerikaner und 4 Japaner.

Genf, 15. März. Die politische Lage hat sich im Laufe des Sonntag nachmittags und Abend völlig verändert. Im Vordergrund aller Lösungsversuche steht die Absicht Schwedens, ehe auf seinen nichtständigen Ratsitz zu verzichten, um der Vollversammlung die Möglichkeit zu geben, an seine Stelle einen anderen Staat zu wählen. Schweden will sich eher selbst opfern, als die Völkerverbundsidee unter der Unmöglichkeit, zu einer Einigung zu kommen, leiden zu lassen. Da von deutscher Seite der Tausch des schwedischen Ratsitzes gegen den polnischen, wie es anfangs bezwogen war, als kaum tragbar bezeichnet wird, soll gleichzeitig mit Schweden auch die Tschechoslowakei auf ihren Sitz verzichten, und an Stelle Schwedens soll von der Vollversammlung Holland und an Stelle der Tschechoslowakei Polen gewählt werden. Die Zustimmung der schwedischen Regierung für den Verzicht auf den Ratsitz lag in den Abendstunden bereits vor, während von tschechischer Seite eine Entscheidung noch nicht gefallen war.

Genf, 16. März. Brasilien hat neuerlich gedroht, von seinem Vetorecht gegen die Wahl Deutschlands zum ständigen Mitgliede Gebrauch zu machen.

Genf, 16. März. Um 6 Uhr Abends verlautete von maßgebender Seite, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund infolge des brasilianischen Vetos auf den Juli vertagt worden sei. Kurz nach dem Bekanntwerden dieser Nachricht, die natürlich das größte Aufsehen erregte, ergab sich jedoch die Möglichkeit eines nochmaligen Versuches, Brasilien umzustimmen. Es fanden Besprechungen zwischen den Briten und Brasilien statt, auf die man die letzten Hoffnungen setzte.

Um 6 Uhr traten die Ratsmitglieder zu einer entscheidenden Sitzung zusammen. Die Ratsmitglieder beschloßen in geheimer Sitzung mit 7 gegen 3 Stimmen, bei der Vollversammlung den Antrag auf Vertagung des deutschen Aufnahmefestes bis zum September zu stellen.

Die drei Mächte, die sich gegen diesen Antrag aussprachen, sind Belgien, Japan und Schweden. Genf, 16. März. Die Locarnomächte haben folgende gemeinsame Erklärung vereinbart, die am Spätabend ausgegeben wurde:

Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich heute vereinigt, um die Lage zu prüfen, wie sie sich aus den aufgelauchten Schwierigkeiten des Verfahrens ergibt, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, zu einer Übereinkunft zu gelangen, und die Hindernisse zu überwinden, die zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren. Falls, wie zu befürchten ist, die eingangs erwähnten Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signaturmächte des Protokolls von Locarno behaupten, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von Locarno angezielte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Bestimmtheit fest, daß das Friedenswerk, welches sie in Locarno verwirklicht und welches in seinem ganzen Wert und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten daran fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es aufrecht zu erhalten und fortzuentwickeln. Sie bleiben bei der Überzeugung, daß bei der nächsten Bundesversammlung die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden sein werden und daß die Verständigung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.

Paris, 17. März. „Der Welt Posten“ gibt die Erklärungen Belgiens, die er gestern Abend der französischen Presse gemacht hat, wie folgt wieder: „Es ist nichts mehr von dem Konflikt übrig, der sich zu Beginn der Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich wegen der polnischen Kandidatur erhob. In dieser Frage ist die Einigung vollständig. Es ist endgültig ausgemacht, daß Polen einen Sitz im Völkerverbund gleichzeitig mit Deutschland erhält. Wir haben es jetzt mit einer Krise zu tun, die im Schoße des Völkerverbundes selbst ausgebrochen ist und die in keiner Weise die französisch-deutschen Beziehungen berührt.“

Madrid, 16. März. Der „Sol“ schreibt in seinem Leitartikel: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund sei für den Frieden und für die Entwicklung des Völkerverbundes notwendig. Der Eintritt Polens dagegen diene nur den Sonderinteressen Frankreichs. Wo aber bleibe Spanien, dem lange vor Deutschland ein ständiger Ratsitz versprochen worden sei, und das große Verdienste um den Völkerverbund besitze. Es sei unmöglich, daß Spanien als Sturmbock für französisch-polnische Pläne benützt werde.

Warschau, 17. März. „Nowy Kurjer Poleski“, der bekanntlich dem Ministerpräsidenten Strzymski nahesteht, meldet, wenn Brasilien sein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund aufrecht erhält, werde die Frage der Erweiterung des Völkerverbundes bis zum Herbst vertagt. Die polnischen Forderungen, die durch Strzymski formuliert worden seien, hätten keinen Abbruch erlitten. Deutschland habe versucht, Polens Eintritt in den Rat zu verhindern. Darum sei es selber nicht eingetreten. Die Situation sei heute so, als ob die außerordentliche Versammlung des Völkerverbundes überhaupt nicht stattgefunden hätte. Polen erhalte seine Forderung nach einem ständigen Ratsitz, und zwar so, daß der Eintritt gleichzeitig mit Deutschland erfolge, vollkommen ausreicht.

New York, 17. März. Das Ergebnis vom Genf gibt Amerika Anlaß, noch mehr von

dem Völkerbundes abzurufen. Die amerikanische Presse sieht in der Völkerbundsvorlegung den schwersten Schlag für die in Locarno abgeschlossenen Verträge. Der Geist von Locarno wäre überall unterwühlt worden. Es sei fraglich, ob Deutschland noch im September in den Völkerbund eintrete. Daß Luther und Stresemann gehen müssen, hält man allgemein für sicher. Die „Times“ schreibt, daß mehr als ein politisches Haupt fallen werde. Was könnten Stresemann, Chamberlain und Briand nunmehr von dem neuen Geist, den ihre neue Politik bringen wolle, sagen, nachdem dieser Geist in Genf einen solchen Mißerfolg gehabt habe. Die „Times“ zweifelt fast an der Zukunft Locarnos und gibt damit die allgemeine in Amerika vorherrschende Ansicht wieder. Die Mehrheit in Genf sei für Frankreich und gegen Deutschland gewesen. Damit sei von vornherein Deutschlands Stellung in einer Versammlung, die der Welt den Frieden bringen sollte, sehr schwach gewesen.

Genf, 17. März. Die Genfer Verhandlungen sind zu Ende. Die deutsche Delegation ist abgereist, nachdem die Völkerversammlung heute die Vorlegung der Aufnahme Deutschlands auf den Herbst beschlossen hatte. Als positives Ergebnis bleibt die Einsetzung einer Studienkommission zur Prüfung der Erweiterung des Rates, die aus den Vertretern Japans, Englands, Italiens, Portugals und Brasiliens zusammengesetzt ist und in der auch Deutschland vertreten sein soll. Die Aufgabe der Studienkommission ist, allen Gesichtspunkten nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und die Einzelorderungen aus dem erträglichsten Maß herauszuheben. Das zweite Ergebnis ist die zwischen Frankreich und Deutschland eingeleitete Verständigungspolitik, die bereits in den nächsten Wochen Früchte tragen soll. Den heimkehrenden Staatsmännern, für die es gilt, Verbindlich in ihrem Lande zu werden für die Gründe, aus denen die Genfer Verhandlungen gescheitert sind, harren schwere Aufgaben. Da nicht mehr erreicht werden konnte, ist die Verstärkung nachlegend, daß mancher Staatsmann nach seiner Rückkehr sein Amt nicht lange behalten wird.

Auch der Völkerbund befindet sich in einer schweren Krise. Ob er sie überwinden wird, hängt von der Verständigungspolitik Europas und von der Einsicht der außereuropäischen Staaten ab. Bei der Gründung des Völkerbundes wurden alle Staaten herangezogen, die als Deutschlands Freunde das Genfer Gebäude mitfüßen sollten. Heute, wo die Verständigung mit Deutschland erlosch, brauchen die Locarnomächte die Mitarbeit der außereuropäischen Staaten nicht mehr. In dem brasilianischen Veto ist der ernsthafteste Versuch außereuropäischer Staaten zu sehen, in europäischen Fragen mitzusprechen zu können. Wohl hat Brasilien heute durch sein Veto scheitern gesteuert. Es wird jedoch sein Veto zurückziehen müssen, wenn es nicht aus dem Kreis der Politik beeinflussenden Völker ausschließen will. Die südamerikanischen und afrikanischen Staaten können im Völkerbund erst dann Einfluß gewinnen, wenn die Vereinigten Staaten Amerikas sich zum Beitritt entschließen sollten.

So war es denn möglich, daß der Locarno-Geist über den Genfer Geist gestiegen hat, wenn er ihm auch scheinbar unterlag. Mit dem vorzeitigen Abbruch der Genfer Verhandlungen blieb auch Polens Anspruch zunächst unberührt, doch wird die polnische Kandidatur die eingangs erwähnte Studienkommission auf das lebhafteste zu beschäftigen haben.

Genf, 18. März. Die geistige Völkerversammlung des Völkerbundes wurde eingeleitet mit der Erklärung des brasilianischen Vertreters Mello Franco, der seine ablehnende Haltung gegen Deutschlands Aufnahme endgültig kundgetan hat. Daraufhin ergriff Chamberlain das Wort. Er bejahte den von der deutschen Aufnahmekommission vorgelegten Bericht betreffend die Aufnahme Deutschlands und empfahl sie der Völkerversammlung. Deutschland habe an seinen Aufnahmeantrag sehr bereifliche und vernünftige Vorbedingungen geknüpft, unter anderem einen künftigen Sitz im Völkerratsrat. Er stellte mit Genugtuung fest, daß die zu Beginn auftauchenden Schwierigkeiten unter den Locarnomächten beseitigt worden sind und Locarno in Kraft getreten ist; denn die Unterzeichner des Locarno-Vertrages haben das Werk der Verständigung nicht aufgegeben. Durch den Einspruch Brasiliens mußte sich die Versammlung leider der Notwendigkeit fügen, daß die deutsche Aufnahme vertagt wird. Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland im September ein Sitz eingeräumt wird.

Nach Chamberlain ergriff Briand das Wort und schloß sich den Worten Chamberlains an,

daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes werden müsse.

Zum Schluß seiner Rede verlas Briand unter lebhaftem Beifall folgende Erklärung: Die Versammlung bedauert, daß die bis jetzt aufgetauchten Schwierigkeiten es nicht ermöglichen, das Ziel zu erreichen, für welches Deutschland nach Genf eingeladen war. Die Versammlung spricht den Wunsch aus, daß diese Schwierigkeiten bis zur Septemberberatung der Völkerversammlung überwunden sein werden, damit dann zu diesem Zeitpunkt die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vollzogen werden kann. Nach Briand schlug Ibsen als Vorsitzender des Rates die Bildung einer Kommission vor, wie Deutschland die vorgelegten Punkte zur Prüfung der Umgestaltung des Rates, des Rates, und dann sprachen der Reichs- und Caballero, der die geistige Resolution der amerikanischen Südpoten gegen Brasilien erweiterte, Molta, der erklärte, daß, wenn die Versammlung befragt worden wäre, sich eine unbedingte Mehrheit für Deutschland ergeben hätte, und Nansen, welcher rügt, daß man weder den Völkerratsrat noch die Versammlung befragt habe, so daß man nicht von einem Verlangen des Rates sprechen kann. Nach dem Holländer London kam noch China mit längeren Ausführungen zu Worte. China tadelt in scharfen Ausführungen, daß für den Völkerbund lediglich der Militarismus maßgebend und die kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Länder nicht hinreichend beachtet würden. Er tritt vollkommen auf die Seite Brasiliens und verlangt eine entsprechende Umgestaltung des Rates. Ebenso kündigt Rumänien unter der Bemerkung, daß es von den gegenwärtigen Kämpfen des Rates zu spät benachrichtigt worden sei, seine Ansprüche für September an. Schließlich trat Zaghe, der dänische Ministerpräsident, an die Stelle der abgelenkten Neutralen.

Notales.

Sobran, den 19. März 1926.

§ (Amtliche Bekanntmachungen.) Die Räte der landwirtschaftlichen Unternehmer, die einer zwingenden Versicherung gegen Unfälle in der Landwirtschaft unterliegen, liegt in der Zeit vom 20. März bis 2. April im Stadtkreisamt zur öffentlichen Einsicht aus, desgl. die Räte der landwirtschaftlichen Beiträge in der Kammerkassette. Die Zahlung dieser Beiträge hat in derselben Zeit in der Kammerkassette zu erfolgen. Einwände, Klamationen sind innerhalb weiterer 14 Tage beim Versicherungsamt in Königsstraße anzubringen.

§ (Gedächtnis der Suppenküche.) Gestern nachmittag hielt der Vorstand des Völkervereins gemeinschaftlich mit der Armenkommission eine Sitzung ab, um über die Eröffnung der Suppenküche zu beraten. Es wurde nachfolgender Beschluß gefaßt: Von Montag den 22. d. M. findet die Ausgabe der Milch und der Speisen an die arme Bevölkerung im städtischen Vereinshaus al. Rybníka statt. Es erhalten: 140 Schüler der Volks-, Minderheits- und der evang. Schule und 20 Kinder der Spielschule täglich (mit Ausnahme Sonn- und Feiertags) 1/2 Liter Milch und 1 Gemme. An die arme Bevölkerung werden täglich 200 Portionen Suppen, wie: Erbsensuppe mit Rindfleisch, Bohnensuppe mit Schweinefleisch, Brühkartoffeln mit Butter, Karfiolsuppe mit Rindfleisch und als Fleischspeise Haisfleisch mit Milch und Butter sowie 1/2 Pfund Brot gegen ein Entgelt von 10 Groschen pro Portion verabfolgt. Die Ausgabe für die Schulkinder erfolgt von 10–11 Uhr, für die Erwachsenen von 11–12 Uhr vormittags. Die 10 Groschen werden nur von den Erwachsenen und zwar deshalb erhoben, um einem event. Mißbrauch vorzubeugen. Zu Wirtschaftlichkeit dieses Essen einen realen Wert von 30–40 Groschen.

§ (Quo vadis?) das erschütternde Drama der Christenverfolgungen nach dem berühmten Roman von Henryk Sienkiewicz, gelangt am Sonntag den 21. d. M. im hiesigen Stadttheater in großer Saal zur Darstellung. Das Kino ist von Herrn Josef Moravicek neu übernommen worden, welcher, wie er uns mitteilt, nur eiskaltes und besonders gewählte Filme zur Darstellung bringen wird.

§ (Theater-Theater.) Am Sonntag den 21. März veranstaltet die Theatergruppe des 23. Feldartillerie-Regiments aus Bendau, von dem eine Abteilung in Sobran garnisoniert, eine Theater- und Konzert-Aufführung im hiesigen Vereinshaus, und zwar zu Wohltätigkeitszwecken. Näheres ist in dem zum Anschlag gebrachten Plakate ersichtlich. Die letzte Vorstellung dieser Gruppe, die am 18. Dezember 1925 stattfand und welche glänzend ausfiel, läßt hoffen, daß

auch diesmal das Publikum in seinen Erwartungen nicht getäuscht wird.

§ (Kaisere Hoffbestieher) bitten wir, sofort beim zuständigen Postamt das Abonnement zu erneuern, damit am 1. April keine Unterbrechung in der Lieferung unseres Blattes eintritt.

§ (Todesfall.) In einem Altersheim in Thüringen verstarb im Alter von 74 Jahren Herr Valentin Spika, ein früher aliegeleitener Bürger unserer Stadt.

§ (Die Markttag.) In dieser Woche fanden voll und ganz im Zeichen der Geldknappheit. Besonders kam dies beim geringen Krammarkt zum Vorschein, zu dem wohl Marktbesucher vom Lande erschienen waren, jedoch ohne dem notwendigen Kleingeld in der Tasche. Und was man am Krammarkt zu sehen bekam, war bestenfalls nicht viel: Eine Anzahl Waren mit Zylinder, Konfektion und Mützen, dann etwa 20–30 Bänder mit Kurzwaren, Gummipapp, Sandpappeln und ca. 40 Bänder mit Wollstoffen und anderen Kleinarbeiten. Dazu kamen drei Marktbesucher, die ihre größtenteils minderwertige Ware zum Kauf anboten. — Zum Pferdemarkt am Mittwoch waren eine Anzahl Gänse angetrieben, einige Händler brachten auch besseres Material. Die Preise bewegten sich zwischen 50–600 Pfund. Geflügel wurde so gut wie gar nicht, nur einige Taubengänse abgewandelt worden. Da die Markt- und Kleinmärkte in der hiesigen Gegend noch nicht erloschen ist, fiel der Handelswert nicht aus.

§ (Das Abiturientenexamen) bestand am Staatskoll. Gymnasium in Göttingen der Oberprimarier Joseph Reich. Erster der Ehrengerechtigten Herr Paul Reich in Romlin. Der Abiturient ist ein ehemaliger Schüler des Progymnasiums Göttingen.

§ (Der katholische Gesellenverein) hielt am 15. d. M. im Vereinslokal Hotel „Zur Post“ die ordentliche Generalversammlung ab; 46 Ehren- und aktive Mitglieder hatten sich hierzu eingefunden. Nach dem von den Mitgliedern gelangenen Vereinsbericht: „Gott segne das ehrbare Handwerk!“ eröffnete der Präses, Herr Kaplan Bont, mit Begrüßungsworten an die erschienenen die Versammlung. Es wurde bald in die Erledigung der Tagesordnung eingetreten. Nach dem vom Schriftführer vorgelegten Jahresbericht hat der Verein im Jahre 1925 eine rege Tätigkeit entfaltet. Es fanden 16 Sitzungen statt, in denen der Präses Herr Bräse jedesmal einen Vortrag auf religiösem oder wirtschaftlichem Gebiete hielt. Der Verein ging am St. Josephstage (19. März) und am 8. Dezember (Mariä Empfängnis) geschlossen zur Generalversammlung. An den Bezirkskonferenzen der Gesellenvereine der Wojwodschaft war der Verein regelmäßig vertreten. Im Laufe des Sommers wurden 3 Ausflüge unternommen, davon zwei in die Westbäder, einer nach Rybní. Die Mitgliederzahl betrug 113 (66 aktive und 47 Ehrenmitglieder). Die Gesamt-Einnahme betrug 656,35 Pfund, die Ausgabe 385 Pfund, jedoch ein Kassendeckel von 271,35 Pfund verbleibt. — Die Vorstandsmitglieder, welche teils per Affirmation, teils per Stimmgabe vorgewählt wurden, hatten folgendes Ergebnis: Präses: Kirchenmaler Karba, Schriftführer: Buchdrucker Naga, Kassierer: Wagenbauer Konecny, Senior: Maler Blahr, Ordner: Elektriker Kogwal, Militärintendant Meyer, Bäckmeister: Spink, Bäcker: Blahr. In der nächsten Sitzung wird der Herr Präses die von ihm ernannten Sachverständigenmitglieder bekannt geben, ferner werden in der nächsten Sitzung die Rechnungsführer und die Jugendvorsitzenden gewählt werden. Ein Sachverständigenmitglied machte mit anerkennenden Worten der Verdienste des Herrn Präses und des Herrn Bäckmeisters und brachte diesen den Dank der Versammlung zum Ausdruck. — Der Herr Präses hielt einen Vortrag über „Wahrheit und Identität“ nach einer wahren Begebenheit. Anschließend daran richtete er an die Mitglieder den warmen Appell, am St. Josephstage vollständig zur Generalversammlung zu erscheinen. Abends wurde die Generalversammlung geschlossen.

§ (Ein dreifacher Raubüberfall) ist am 27. Februar in Timmenborn ausgeführt worden. In den Räden des Bäckmeisters und Kolonialwarenhändlers Wilhelm Mann drangen etwa 200 Pfund Infanterie vor die Fäße und rief laut um Hilfe, worauf die Banditen unter Mitnahme des Gutes flüchten nahmen. Jedoch bereits am nächsten Tage hatte sie das Schicksal ereilt. Der Älteste derselben, ein 53-jähriger Mann namens Komala aus Schwintz, war erkannt worden und wurde von der Polizei festgenommen, desgl. auch die anderen 4 Räuber,

19-20jährige Burken aus Schwabmühl. Nachdem dieselben zunächst im Gerichtsgefängnis Sothorn untergebracht gewesen waren, wurden sie anfangs dieser Woche unter strenger Bedeckung nach Rühl in Unterbringungshaft abgeführt. Man nimmt an, daß es sich um eine organisierte Bande handelt, welche schon mehrere solcher Raubüberfälle, darunter vielleicht auch den bei Bortek in Sothorn, ausgeführt hat.

§ (Vom Eisenbahnzuge überfahren.) Ein Unglücksfall ereignete sich am Dienstag früh 5 Uhr beim Bahnübergange auf der Reichsagener Chaussee kurz vor dem Leiche. Ein Gelbpann des Pferdehändlers Groß aus Gerstorf bei Bielefeld befand sich auf der Fahrt zum Pferde- und Viehmarkt nach Volkmann bzw. Sothorn. Am dem betr. Bahnübergange, welcher leider nicht durch eine Schranke geschützt ist, passierte in demselben Moment, als das Gelbpann das Gleis überfuhr, der Eisenbahnzug Sothorn-Gütle die Straße. Das Gelbpann mit 4 Pferden wurde von der Lokomotive erfasst und zwei Pferde auf der Stelle getötet, ein drittes ist derartig verletzt, daß dasselbe wird geschlachtet werden müssen. Die Insassen des Wagens kamen glücklicherweise mit dem Schrecken davon. Es ist unbedingt notwendig, daß an dem betr. Bahnübergange eine Schranke errichtet wird, die weitere Unglücksfälle dorthin verhindern. Der Lokomotivführer hat die nötigen Vorwarnsignale gegeben, so daß ihn keine Schuld an dem Unfälle trifft.

§ (Sich selbst das Leben genommen.) hat in einem Anstöße geistiger Unanständigkeit bei den 50er Jahren stehende Ehefrau des Bauern Franz Schönl in Kreuzdorf. Bereits seit längerer Zeit hat die Beträumerte immer wieder geäußert, sich das Leben zu nehmen, so daß sie beobachtet werden mußte. Zu einem nachwachen Augenblicke begab sie sich nach dem etwa 50 Meter von ihrer Wohnung entfernten felsenigen Berggraben und legte sich mit dem Gesicht nach unten in denselben hin. Als man sie bald darauf in dieser Lage aufnahm, gab sie zwar noch schwache Schreie, jedoch waren die sofort angeforderten Wiederbelebungsbemühungen leider ohne Erfolg.

§ (Nur kennt kein Gebot.) Der Arbeitslose R. aus Sothorn, ein lediger junger Mann, ist von einem Vollstreckungsbeamten, als er einen Saal Robie vom Bahnhof nach Hause trug. Es erfolgte Anzeige wegen Diebstahls. Bei der Verhaftung in der Gefängnisstrasse am 12. d. M. war der Angeklagte in der Wille gefesselt, begründete aber den Diebstahl mit der großen Not, die zu Hause herrsche, wofür auch der Vater arbeitslos sei und die Familie von 12 Kindern unterhalten leben soll. Auch der Juge brach die Not der betroffenen Familie. Dieser Umstand hat das Urteil daher milde ausfallen lassen. Das Gericht billigte ihm nur 15 Tage Gefängnis bzw. 3 Tage Geldstrafe, obwohl der Vertreter der Anklage 1 Woche Gefängnis beantragte.

§ (Arbeitslosenbeschränkung.) Man wird auch auf der Robingrube „Blücherhöfchen“, welche die hiesige Flammenschiefe Oberkasseler liefert und deshalb bisher noch ziemlich voll beschäftigt war, der Betrieb reduziert. In nächster Zeit soll 5 Prozent der Beschäftigten die Abfertigung erhalten.

§ (Die Arbeitslosen-Versicherungspflicht.) Im Kreisblatt wird hierzu bekannt gegeben: Mit dem 24. Februar d. J. begann die Pflicht der Zahlung von Arbeitslosenversicherungsbeträgen für Angestellte. Alle Unternehmungen, die mehr als fünf Angestellte oder Arbeiter beschäftigen, haben von allen geistlichen Arbeitern, die das 18. Lebensjahr erreicht haben und monatlich bis zu 500 Mark verdienen, von diesem Tage ab die Versicherungsbeiträge zu zahlen. Sie betragen 2 1/2 Prozent des jeweiligen Verdienstes, wobei die höchste Norm, welche die Grundlage zur Berechnung der Beiträge bildet, 8 Mark beträgt. Diese Beiträge müssen zu zwei Fünfteln vom Arbeitgeber, zu drei Fünfteln vom Arbeitnehmer getragen werden und sind vom Gehalt in Abzug zu bringen. Unternehmungen, welche ihre Angestellten zur Arbeitslosenversicherung nicht umwidern (im Arbeitslosenamt registrieren) und auch keine Beiträge zahlen, werden mit einer Geldstrafe von 200 bis 1000 Mark oder einer Gefängnisstrafe bis zu vier Wochen bestraft.

§ (Die Arbeitslosen vermehren sich.) Wie der „Volksfreund“ meldet, sollen in der Bismarckstraße am 1. April ungefähr 1000 Arbeiter entlassen werden. Der Arbeiterrat hat die Absicht, in der Bismarckstraße zum Stillstand aufzufordern, falls es zu dieser Maßnahme kommen sollte. Der Demobilisierungskommissar bemüht sich, die Arbeiterentlassung in dem vorgeschriebenen Maße zu verhindern.

§ (Wichtig für Lehrlinge!) Die Militärbehörden haben eine für Jungen und Lehrlinge

wichtige Verfügung erlassen, nach welcher die Lehrlinge, Volontäre usw., die bei einem zu einer Zwangsgelehrten Handwerksmeister das betreffende Handwerk erlernen, vom aktiven Dienst zurückgestellt werden können, falls dies zur Beendigung der Vervollständigung notwendig ist. Diese Zurückstellung erfolgt immer nur auf ein Jahr, sofern der betreffende das 22. Lebensjahr noch nicht erreicht hat. Von diesem Zeitpunkt ab ist eine entsprechende Zurückstellung nicht mehr möglich. Dem begründeten Antrag muß unbedingt die Zustimmung des Zwangsgelehrten oder der Handwerkskammer bzw. des Gewerkschafts mit der entsprechenden Zustimmung beigefügt werden.

§ (Deutschland wertet auf.) Dankschuld wird die im Alldeutschen Reichsland und die vom Deutschen Reich übernommenen Länderrechte der Vorkriegs- und Reichszeit mit 3 Prozent aufzuwerten. Die so aufzuwertenden Länder werden aufgelistet und diese Länder mit dem inländischen Wert, also mit 12 1/2 Prozent aufzuwerten, die 4 Prozent Jahreszinsen tragen werden. Die Zinsen werden nicht sofort, sondern nach erfolgter Auslösung, die nach einem bestimmten Plan, der eine Auslösung innerhalb 30 Jahren vorsieht, bezahlt. Angenommen, es beträgt jemand irgend eine Reichsrente zu 1000 Mark, so kann er dafür unter Umständen 175 Reichsmark zugewinnen 4 1/2 Prozent Zinsen, nach Auslösung oder innerhalb 30 Jahren erhalten. Unter diese Reichsrenten fallen natürlich auch die verschiedenen reichsrechtlichen Rechte. Unter Alldeutsche ist zu verstehen, wenn jemand seine oben genannten Wertpapiere seit 30. Juni 1920 bis zur Auslösung zur Auswertung anzuwenden im Besitz hat. Die Auswertung der Auswertung nach dem in der Nationalität entgegen: Die Fiktion der Deutscher und Nationalbank, der Deutschen Bank, der Deutsche-Gesellschaft, der Deutsche Bank, die Agrar- und Kommunalbank. Da eine Reichsrente zur Auswertung nicht in Anspruch genommen ist, muß ihm es sich, die Auswertung zur Auswertung so schnell wie möglich bei den genannten Banken vorzunehmen. Wenn man berücksichtigt, daß die heute wertlosen Wertpapiere durch diese Auswertung eine ganz gute Verzinsung erfahren, empfehlen wir uns, diese Auswertung nicht zu versäumen.

§ (Ausfuhr von Vieh verboten.) Im Kreisblatt erinnert der Stadtrat nochmals, daß jegliche Viehexporte nach der Grenze bis auf weiteres verboten ist, da sich die Fälle an der Grenze der Viehexporten häufen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden nach dem Viehsteuergesetz bestraft.

§ (Es ist nicht alles Gold was glänzt.) Der Sohn eines Fabrikbesitzers aus Rattowitz, ein junger Reichsrentner, hatte in Bodz Gegend, billige Schmuckstücke zu kaufen. Im Straßenhandel erwarb er von einigen Käufern ein Paar Ohrringe und 6 Brillanten ohne Einlösung für 3000 Mark. Wie er nachher zu seiner großen Überraschung feststellen mußte, hatte er amerikanisches Gold und gefälschtes Glas gekauft, das zusammen einen Wert von 35 Mark hatte. Die nächsten Einkäufer konnten nicht mehr ermittelte werden.

§ (Interessanter Prozeß.) In den nächsten Wochen wird in Rattowitz vor dem Kreisgericht ein interessanter Prozeß stattfinden. Anklagt ist der Arbeiter Bered, der den Abg. Kortant in einem Artikel im „Bode-Slo-Slo“ beschuldigt hat, daß er die Schuld an dem Elend und der Arbeitslosigkeit in Polisch Oberkasseler trägt. Kortant wäre früher ein glühender polnischer Patriot gewesen, ist aber heute er mit den deutschen Kapitalisten, unterdrückt die Arbeiter und schädigt den polnischen Staat. Die Politik Kortants könne nur zur vollen Erlösung Polens führen. Kortant hat nun von dem Angeklagten durch seinen Rechtsanwalt Dr. Dombrowski die Beweisklärung verlangt.

§ (An der Schmelzwerke erfroren.) Der Student Erhard hat Pat hat aus Gledow, der an der Berliner Universität eingeschrieben ist, wurde an einer Markierungshänge auf dem Wege von der Schmelzwerke nach den Grenzgebieten tot aufgefunden. Einmaliges Mord von ihm entfernt wurde von der Bergwerkskommission die Leiche einer jungen Dame entdeckt. Der Name der Bergwerkskommission konnte noch nicht festgestellt werden. Es handelt sich wahrscheinlich um eine junge Berlinerin, die mit dem Jüder einen Ausflug nach der Schmelzwerke vor einigen Tagen unternommen hatte. In Rummelsbüsch gelang es auch die Verhaftung der Begleiterin des Studenten festzustellen. Es ist dies die 26 Jahre alte Tochter Vette der Witwe Drabberger aus Warmbrunn. Am Freitag waren der Student, die Mutter der Vette Drabberger und diese selbst nach den Grenzgebieten gegangen und hatten dort in der Gegend übernachtet. Am Sonnabend nachmittag wagten die beiden jungen Leute trotz der Warnung der Wirtin der Gegend

bei dem herrschenden Schneesturm den Aufstieg nach der Schmelzwerke. Dabei sind sie unglücklich infolge Ermüdung so kurz vor ihrem Ziele zusammengebrochen und erfroren. — Die Familie Drabberger schickte, wie der „Bode“ aus dem Rummelsbüsch berichtet, von einem tragischen Geschehnis berichtet zu werden. Drabberger, der früher Druckermeister in Rummelsbüsch (Schlesien) war, hatte 1918 das Geschäft und Geschäftshaus in Alwine in Rummelsbüsch gekauft. Am 5. November 1920 erkrankte er in dieser Villa an furchtbarem Magenkrebs. Drabberger hatte zunächst seine Frau, dann seine Schwiegermutter, seines vierzehnjährigen Sohn und seine Tochter durch Pflege verliert, dann das Haus angekauft und sich vom Salzen des brennenden Hauses abgesehen. Er litt so schwere Verletzungen, daß er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, starb. Der vierzehnjährige Sohn war sofort tot, die beiden drei Brüder wurden in das Warmbrunner Krankenhaus gebracht, wo die Schwiegermutter und das Mädchen starben. Nur Frau Drabberger kam mit dem Leben davon. Die jetzt in Ruhe gesessene Tochter Vette entlag damals ihrem Schicksal dadurch, daß sie sich an dem verhängnisvollen Tage in Begleitung befand. Nun hat sie auf diese Weise doch noch ein tragisches Ende gefunden.

§ (17. März. Wegen Raubüberfalls auf den 80-jährigen Kleinen Bardeur und seine Ehefrau hatten sich Johann Seidel und Josef Seidel aus Gledowitz, Kreis Bielefeld, vor der Strafkammer zu verantworten. Trotz hartnäckigen Zeugnisses gegen Seidel, so daß er sich als Schuldloser vor, daß ihn das Gericht seiner Schuld überführen konnte. Zwei Jahre kann er nunmehr im Gefängnis über sein verfluchtes Leben nachdenken.

§ (17. März. (Vergehen im Dienst.) Unter diesem Titel wurde berichtet, daß der Eisenbahn-Güterverkehr von Bielefeld wegen Unterbrechung von 900 Stütz zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde. Es wird hiermit festgestellt, daß es sich nicht um Herrn Gammel aus Bielefeld handelt, sondern um den Eisenbahnschaffner Jamboldt, der in Bielefeld und in Rattowitz Dienst tat.

§ (Rattowitz, 17. März. (Neuer Pfarrer.) Für Pfarrer Kubina, der Bischof wurde, ernannte der Papst den Geistlichen Dr. Grawert als Pfarrer der St. Marienkirche in Rattowitz.

§ (Rattowitz, 16. März. Bei dem Bischofsbesuch im Gerichtsgefängnis am 6. d. M. ist der Hochw. Herr nicht von den Staatsanwälten, sondern von den Generalstaatsanwälten Dr. Rapp und Grawert empfangen worden.

§ (Rattowitz, 17. März. Ein Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend, abends gegen 10 Uhr, auf der Carben-Zentrumsgrube der Buntf. Es wurden 35 Bergleute durch Sturzbruch eingeschlossen. Der sofort eintreffende Brandwagen der Rettungsabteilung gelang es, 32 Mann zu retten. Weitere Bergleute wurden nach etwa achtstündiger Arbeit gerettet. Einer wird noch vermisst. Unter den 34 Geretteten befinden sich nur drei Leichtverletzte. Der Betrieb geht weiter.

§ (Ein Unglück auf der Carben-Zentrumsgrube hat in seinen Auswirkungen ein weiteres Grubenunglück verursacht. Auf der „Concordia“-Grube in Gladenburg brach durch den Beutener Erdschlag am Sonntag früh ein Teil der Andreaskuppel zusammen und verhängte drei Männer. Bis zum Nachmittag hat man sich mit den drei Bergleuten, die die Fäuler befreiten, verständigen können. Dann hörte die Bergbauverwaltung auf, so daß man mit dem Tode der drei Bergleute rechnen muß.

V e r m i s s t e s .

Eisenbahnkatastrophe in Mittelamerika.
178 Tote, 75 Schwerverletzte.

San José, 15. März. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Alajuela und Cartago in Costa Rica (Mittelamerika) ereignete sich gestern ein furchtbares Eisenbahnunglück. Ein Ausflugszug, der mit etwa 1000 Passagieren besetzt war, entgleiste in dem Augenblick, als er sich auf einer Eisenbahnbrücke, die über den Villalobos Fluß führt, befand. Drei Wagen des aus neun Wagen bestehenden Zuges entgleisten und stürzten 50 Fuß tief in den Fluß hinab. Die Folgen der Entgleisung waren furchtbar. Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen sind 178 Personen sofort getötet und 75 Personen teilweise sehr schwer verletzt worden.

Fünf Feuerwehreinheiten tödlich verunglückte.

In dem kleinen Ort San Juan in der Provinz Alajuela (Mittelamerika) brach ein Brand aus, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. Bei der Räumung einer Wohnung, die sich über einer Stallung befand, stürzte plötzlich die Zimmerdecke ein und begrub fünf Feuerwehreinheiten unter sich. Zwei waren sofort tot, drei wurden in schwerem Zustand in das Krankenhaus

Dwór Osiny Średni.